

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion DIE LINKE

Vorlagen Nr.:
A/4/0080

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	21.07.2025
Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss	Vorberatung	
Ausschuss für Prävention, Brand- und Bevölkerungsschutz	Vorberatung	
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B90/Die Grünen + Die PARTEI: "Einführung eines Wahlpflichtfaches -Feuerwehr"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, sich für die schrittweise Einführung eines Wahlpflichtfaches „Feuerwehr“ oder die schrittweise Einführung von Ganztagsangeboten nach dem Vorbild des Programms „Feuerwehr macht Schule“ an weiterführenden Schulen im Landkreis Vorpommern-Rügen einzusetzen“

Dazu soll er:

1. alle organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen prüfen, die zur Umsetzung eines solchen Ganztagsangebots erforderlich sind, und den Kreistag zeitnah über bestehende Handlungsspielräume, Zuständigkeiten und konkrete Schritte hierfür informieren,
2. im Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern aktiv eine Initiative zur Einführung des Programms „Feuerwehr macht Schule!“ nach dem erfolgreichen Vorbild des Landes Brandenburg einbringen,
3. eine Kooperationsstruktur mit örtlichen Feuerwehren, Schulträgern und Schulleitungen entwickeln,
4. die Möglichkeiten zur Freistellung und/oder Honorierung von ehrenamtlichen Einsatz- und Lehrkräften, die den Unterricht mitgestalten, konzeptionell vorbereiten und
5. die Einwerbung geeigneter Fördermittel auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene prüfen und veranlassen, um eine verlässliche Finanzierung zu gewährleisten.
6. Ein zeitnahe Ergebnis - bestenfalls zum Start des Schuljahres in 2026 - für die Punkte 1 - 5 ist zu erzielen.

Begründung:

Eine der Pflichtaufgaben unserer Gemeinden und somit der örtlichen Feuerwehren ist die Brandschutzerziehung und -aufklärung. Das mag in größeren Städten und / oder mit leistungsfähigen Feuerwehren auf dem „platten Land“ funktionieren - fraglich ist jedoch, wie es an Orten leistbar ist, die sehr wenige Kameradinnen und Kameraden im aktiven Dienst verzeichnen.

Das Programm „**Feuerwehr macht Schule!**“ hat sich hierbei in einigen Bundesländern, insbesondere in Brandenburg, als erfolgreiches Modell zur Förderung des Ehrenamts und zur Nachwuchsgewinnung für die Feuerwehren erwiesen. Es bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, im Rahmen des Schulunterrichts grundlegende Kenntnisse im Brand- und Katastrophenschutz zu erwerben und praktische Erfahrungen zu sammeln.

Das Angebot als Wahlpflichtfach auszuführen hätte insbesondere den Vorteil, dass die Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit diese wichtigen Kompetenzen erlernen können - nicht in den späten Abendstunden oder gar am Wochenende.

Durch die Einführung dieses Programms an Schulen können folgende Ziele erreicht werden:

- **Stärkung des Ehrenamts:** Frühzeitige Heranführung junger Menschen an die Arbeit der Feuerwehr fördert das Interesse am ehrenamtlichen Engagement.
- **Nachwuchsgewinnung:** Die Feuerwehren im Landkreis erhalten die Möglichkeit, potenzielle neue Mitglieder zu gewinnen und langfristig zu binden.
- **Sicherheitsbewusstsein:** Schülerinnen und Schüler entwickeln ein besseres Verständnis für Gefahren und lernen, in Notsituationen angemessen zu reagieren.
- **Praktische Kompetenzen:** Die Teilnehmer erwerben Kenntnisse in Erster Hilfe, Brandschutz und technischer Hilfeleistung, die auch im Alltag von Nutzen sind.
- **Entlastung der Kommunen:** Zentrale Brandschutzerziehung kann leisten, was auf „dem platten Land“ fehlt - qualitativ und organisiert.

Die Umsetzung des Programms erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Feuerwehren und der Kreisverwaltung. Es ist wichtig, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen und geeignete Fördermittel zu nutzen, um die erfolgreiche Einführung und Durchführung des Programms sicherzustellen. In der konkreten Umsetzung ist dann zu prüfen, ob der Unterricht durch Honorar- oder ehrenamtliche Kräfte zu geben ist.

teilnehmenden Schulen und den spezifischen Anforderungen des Programms. Empfehlenswert ist es entsprechende Fördermittel auf Landes- oder Bundesebene zu prüfen und zu beantragen.

gez. Kerstin Kassner
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE LINKE